

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmuth G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 9038/39
Telex: 888 648 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Robert Antretter MdB
zieht Bilanz: Zehn
Jahre Nahverkehrsmodell
Hohenlohe.

Seite 1

Ulla Schmidt MdB er-
läutert die Grundsätze
einer modernen
Frauenpolitik.

Seite 3

Dieter Schanz MdB for-
dert von Bonn Druck
auf die Militärregierung
in Birma.

Seite 4

Michael Müller MdB
benennt die Folgen der
Kabinettsentscheidung
zur Energiepolitik: Was
nun, Herr Töpfer.

Seite 5

Michael Habermann
MdB kritisiert die jüng-
sten sportpolitischen
Äußerungen des Vor-
sitzenden des Sport-
ausschusses.

Seite 6

45. Jahrgang / 237

12. Dezember 1991

Zehn Jahre Nahverkehrsmodell Hohenlohe Alle Modellansätze konnten in den Dauerbetrieb übernommen werden

Von Robert Antretter MdB
Stellvertretender verkehrspolitischer Sprecher der SPD-
Bundestagsfraktion

Das noch von der SPD-geführten Bundesregierung initiierte "Nahverkehrsmodell Hohenlohekreis" hat seine Bewährungsprobe bestanden. Es hat alle Erwartungen erfüllt und wird heute mit einem Kostendeckungsgrad von nahezu 100 Prozent gefahren. Aller Modellansätze - auch wenn sie neuen Entwicklungen angepaßt werden mußten - wurden im Dauerbetrieb realisiert. Das heißt: Ein Fahrplan, ein Liniennetz, ein Tarfsystem, die Integration der Sonderverkehre, insbesondere des Schülerverkehrs und die Zusammenführung aller (knapp 20) privaten Omnibusunternehmen unter einer Fahrleitung, nämlich dem Hohenlohe-Kreis.

Es ist das einzige Nahverkehrsmodell im ländlichen Raum, das so lange Bestand hat und wirtschaftlich tragfähig einen umfassenden Nahverkehr oder besser gesagt "die Dienstleistung öffentlicher Personennahverkehr für die Menschen in einem ländlichen Raum vorhält".

Die Initiative der sozial-liberalen Bundesregierung, das Engagement des Hohenloher Kreistages und die Zielstrebigkeit des Hohenloher Landrats - und dies sei über alle Parteigrenzen hinweg festgestellt - hatte dazu geführt, daß planerische Kreativität zur politischen Wirklichkeit wurde. Das Konzept zur Neuordnung des ÖPNV im Hohenlohekreis beinhaltet die folgenden Ziele:

- Verbindung aller Wohnplätze mit ihrem Kleinzentrum oder Untereinzelzentrum,
- Verbindung aller Wohnplätze mit ihrem Mittelzentrum,
- Verbindung zwischen den Mittelzentren untereinander,
- Verbindung zu benachbarten Mittelzentren und Oberzentren.

Das Liniennetz wurde deshalb so aufgebaut, daß jede Haltestelle grundsätzlich von jedem Wohnplatz unter 1.000 Meter Weglänge entfernt und in nicht mehr als einer Viertelstunde Fußweg erreichbar ist.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.



Die Besonderheiten des Einkaufs-, Versorgungs- und sonstigen Verkehrs außerhalb der Zeiten des Ausbildungs- und Berufsverkehrs wurden berücksichtigt.

Außerdem wurde ein regelmäßiger Takt in der Verkehrsbedienung eingeführt und damit die Möglichkeit, in regelmäßigen Zeitabständen, zum Beispiel alle ein oder zwei Stunden, in das Mittelzentrum oder Unterzentrum fahren zu können.

Betriebswirtschaftliche Vorteile ergeben sich aus einer höheren Auslastung der im Raum vorhandenen Fahrzeuge und des Fahrzeugpersonals, also aus einer höheren Kilometerleistung pro Fahrzeug, aus der Koordination des Wagenumlaufs unter Einbeziehung aller im Linienverkehr tätigen Unternehmen und aus einer Umlaufplanung nach einem einheitlichen, standardisierten System.

Die detaillierte Berechnung des Fahrzeugeinsatzes hat ergeben, daß unwirtschaftliche Standzeiten der Fahrzeuge vollständig vermeidbar sind, was aber ein hohes Maß an Koordination und Kooperation zwischen den Unternehmen voraussetzt.

Das organisatorische Konzept beinhaltet eine Trägerschaft des Landkreises für den gesamten ÖPNV. Der Kreis ist Inhaber der neuerteilten Konzessionen, bekommt die Betriebsrechte von den vorhandenen Unternehmen übertragen und ist insofern Betriebsführer. Gegebenenfalls beauftragt er seinerseits einen Geschäftsführer mit der Wahrnehmung bestimmter Geschäftsaufgaben im Rahmen seiner Betriebsführung.

Planungsansätze, die erprobt werden sollten, sind:

- Flächendeckung, das heißt Anbindung aller Wohnplätze mit mehr als 50 Einwohnern,
- Bedienungsstandard mit mindestens acht, in der Regel neun Fahrzeugpaaren Montag bis Freitag an allen Haltestellen,
- taktmäßige Gestaltung des Fahrplanes,
- Integration der Sonderverkehre, insbesondere des freigestellten Schülerverkehrs.

Für Liniennetz und Fahrplan auf der Grundlage der Planungsansätze wird eine

- flächendeckende Verkehrsbedienung eingeführt, das heißt Anschluß aller Wohnplätze mit mindestens 50 Einwohnern,
- Haltestellenentfernung höchstens 1.000 m,
- Verkehrsangebote auch außerhalb der Spitzenzeiten,
- volle Integration des besonderen Schülerverkehrs und nach Möglichkeit des Berufsverkehrs,
- Beteiligung aller im Landkreis tätigen Unternehmen entsprechend ihrem Anteil am Gesamtverkehr bei völliger Gleichberechtigung zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen.

Damit sind 95 Prozent der Einwohner des Landkreises an das Liniennetz angeschlossen. Die von dem Liniennetz nicht berührten Wohnplätze werden entweder durch Stichfahrten erschlossen oder mit privaten Pkw-Zubringerdiensten zur nächsten Haltestelle angebunden.

Morgens werden drei Fahrten in die zentralen Orte - die Hauptorte der Gemeinden, die Schulstandorte, die Mittelzentren - angeboten.

Die erste Fahrt dient, entsprechend ihrer zeitlichen Lage, überwiegend dem Berufsverkehr, die zweite Fahrt überwiegend dem Schülerverkehr. Die dritte Fahrt ermöglicht Hinfahrten zur zweiten Schulkunde, stellt aber insbesondere ein Angebot für den Einkaufs- und Versorgungsverkehr dar. Die vier Fahrtenpaare mittags bieten zunächst die Möglichkeit der Rückfahrt vom Einkauf; für die Schüler ermöglichen sie die Rückfahrt vom Vormittagsunterricht und schließlich können sie für Hinfahrten zum Nachmittagsunterricht oder zu Besorgungen am Nachmittag benutzt werden. Vereinzelt werden diese Fahrtenpaare auch von Berufstätigen genutzt, die über Mittag nach Hause fahren. Die drei am Nachmittag angebotenen Rückfahrten dienen sowohl dem Schülerverkehr, das heißt der Rückfahrt vom Nachmittagsunterricht, als auch dem Berufs- und Versorgungsverkehr, wobei wegen der sich überschneidenden zeitlichen Anforderungen eindeutige Zuordnungen nicht möglich sind.

Integration des Schülerverkehrs

Ausgangspunkt für die Planung dieses Modells war die Überlegung, daß eine entscheidende Verbesserung der Verkehrsbedienung durch den allgemeinen Linienverkehr nur dann wirtschaftlich realisierbar ist, wenn es gelingt, das Fahrgastaufkommen im Schülerverkehr möglichst vollständig einzubeziehen.

Die Entstehung von Sonderverkehren und insbesondere des freigestellten Schülerverkehrs ist eine Folge unzureichender Anpassung des allgemeinen Linienverkehrs an veränderte Anforderungen im Schulbereich. Im ländlichen Raum wurden ab Mitte der sechziger Jahre große Bildungszentren mit weiten Einzugsbereichen eingerichtet. Auf den daraus entstehenden Beförderungsbedarf hat sich der freigestellte Schülerverkehr spezialisiert, der sich als "geschlossenes System" neben dem allgemeinen Linienverkehr entwickelte. Aus verkehrlichen Gründen war daher die Integration dieser Sonderverkehre in den allgemeinen Linienverkehr geboten.

Im Hohenlohekreis ist erstmals diese Integration flächendeckend für einen ganzen Landkreis durchgeführt worden.

Das Modell ging nach einer vierjährigen Erprobungszeit in den Dauerbetrieb über. Natürlich wurde nach Ablauf der Probazeit die Bedienung nachfrageorientiert angepaßt, das heißt, Bedienungsstandards wurden reduziert. Aber alle Bausteine des Nahverkehrsmodells wurden erhalten, zum Beispiel

- ein Liniennetz im Hohenlohekreis,
- ein Fahrplan im Hohenlohekreis,
- die Kooperation aller im Hohenlohekreis tätigen Verkehrsunternehmen,
- ein Tarifsystem im Hohenlohekreis und die Integration der freigestellten Schülerverkehre.

Durch die Anpassung der Bedienung im ÖPNV an die Nachfrage konnte damit bei gleichzeitiger Erhaltung der Bausteine des Modells ein Kostendeckungsgrad von nahezu 100 Prozent erreicht werden.

Die Verhältnisse im ÖPNV im ländlichen Raum sind weit über die Bundesrepublik hinaus im europäischen Raum in der Diskussion. Das "Nahverkehrsmodell Hohenlohekreis" kann somit ein deutscher innovativer Beitrag zur europäischen Verkehrspolitik in ländlichen Regionen sein.

(-/12. Dezember 1991/st/ks)

Für eine moderne Frauenpolitik Gleichstellungspolitik ist eine Aufgabe für Männer und Frauen

**Von Ulla Schmidt MdB
Vorsitzende der Querschnittsgruppe "Gleichstellung" der SPD-Bundestagsfraktion**

Die heutige gesellschaftliche Wirklichkeit ist noch weit von einem ausgewogenen Verhältnis von "Leistung und Gerechtigkeit" entfernt. Frauen leisten viel, im Beruf, in der Familie, in der Kultur, in der Politik. Sie wollen keine Sonderrechte, sie wollen eine gerechte Anerkennung ihrer Leistungen. Dies wird aber heute noch der Mehrheit der Frauen versagt.

Eine Frauenpolitik, die den heutigen Erfordernissen angemessen ist, muß sich meines Erachtens grundsätzlich durch folgende Aspekte leiten lassen:

- 1). Eine Politik für Frauen, die in der Gesellschaft mehrheitsfähig sein will, muß die gesamte Lebenswirklichkeit von Frauen erfassen. Frauen sind nicht gleich Frauen. Sie haben unterschiedliche Erfahrungen, Interessen und Probleme - jede für sich, abhängig von ihrem jeweiligen Lebensumfeld oder aber als neue Herausforderung bezogen auf die Lebensum-

stände der Frauen in den alten und den neuen Bundesländern. Politik muß die Voraussetzungen für Gleichberechtigung und dafür schaffen, daß Menschen sich frei entscheiden können. Sie sollte sich nicht anmaßen, alles bis ins Private hinein regeln zu wollen. Ein solches Verständnis ist für mich eine entscheidende Bedingung für die Mehrheitsfähigkeit der SPD auch und gerade bei den Frauen.

- 2) Eine wirksame Politik für Frauen ist nicht auf eng umrissene "frauenspezifische" Problemfelder beschränkt, sondern umfaßt das ganze gesellschaftliche Spektrum politischen Handlungsbedarfs und muß es miteinander verzahnen. Frauenpolitik ist sowohl Sozialpolitik als auch Kulturpolitik, aber für mich ist Frauenpolitik auch Entwicklungspolitik und auch Wirtschaftspolitik. Denn ich will mich nicht damit zufriedengeben, daß den Frauen gesellschaftliche Spielwiesen zugewiesen werden. Ich sehe einen entscheidenden Nachholbedarf bei der Gleichstellung der Frau - auch bezogen auf Leistung und Gerechtigkeit - gerade auch in der Wirtschaft.
- 3) Frauen- und Gleichstellungspolitik ist die gemeinsame Aufgabe von Frauen und Männern. Sie ist Impulsgeber für gesamtgesellschaftliche Reformen, weil ihre Umsetzung gesellschaftliche - oftmals starre - Strukturen aufbricht und zu einer neuen Qualität von Leben und Arbeiten - in der Wirtschaft wie in der Familie, in Freizeit und Politik - führen kann.

Die realisierte Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen eröffnet Perspektiven und Chancen für das eigene Leben. Sie verkürzt die tägliche Arbeitszeit und eröffnet dem einzelnen mehr freie Zeit. Sie führt auch zu mehr Zeit für und mit Kindern für beide Elternteile.

Übrigens habe ich den Eindruck, daß unsere ostdeutschen Frauen auf diesem Gebiet ganz besondere Erfahrungen einbringen können. Sie haben nämlich erlebt, daß es nicht ausreicht, gesetzliche Bestimmungen zu schaffen, die dazu führen, daß 90 Prozent der Frauen berufstätig sind, die ein flächendeckendes Angebot an öffentlichen Kinderbetreuungsflächen schuf, aber die Doppelbelastung von Beruf und Haushalt bei den Frauen beließ. Wir wollen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, nicht aber die von Mutterschaft und Produktion.

Was mir als darüber hinaus besonders wichtig erscheint, ist, daß die vielfältige gute und intensive Arbeit, die bisher in dem Fraktionsarbeitskreis "Gleichstellung von Frau und Mann" geleistet wurde, schwerpunktmäßig und konzentriert als Alternative zur Regierungspolitik nach außen hin vertreten wird. Sie muß für die Menschen in unserem Land auch als Alternative erfahrbar sein und ihnen positive Perspektiven für ihr eigenes Leben eröffnen.

Gleichstellungspolitik ist auch ein wichtiger Beitrag für die Mehrheitsfähigkeit der SPD insgesamt und zur Erreichung der Regierungsverantwortung.

(-/12. Dezember 1991/st/ks)

Friedens-Nobelpreis für Aung San Suu Kyi

Ehrung der Demokratiebewegung in Birma - Engagement der BRD muß über bloße Würdigung hinausgehen

Von Dieter Schanz MdB

Meldungen zur Nobelpreisverleihung an die birmanische Oppositionspolitikerin Aung San Suu Kyi gab es zuhauf. Viel wurde geschrieben über den selbstlosen Einsatz ihrer Person im politischen Kampf, über ihren Vater, der als Urheber der Demokratieentwicklung und Gestalter der birmanischen demokratischen Verfassung gilt; es wurde aber auch nicht an Lob gespart für das birmanische Volk, das in eindrucksvoller Weise seinen Willen zur Demokratie

demonstrierte im politischen Kampf um Freiheit und reguläre Wahlen, bei der Abhaltung der Wahl und jetzt wiederum im erneuten Widerstand gegen die Militärdiktatur.

Alle diese medienpolitische Aufmerksamkeit ist sehr erfreulich und es wäre zu wünschen, daß die Preisverleihung zum Anlaß genommen würde, dem schon seit so langer Zeit unter Diktatur und Gewaltherrschaft leidenden Volk auch weiterhin die ihm gebührende Aufmerksamkeit und Unterstützung zu schenken.

Unlängst besuchte eine hochrangige birmanische Delegation der aus den freien Wahlen hervorgegangenen "Oppositionsregierung" Deutschland und warb um politische Anerkennung und Unterstützung; die öffentliche Begleitung war ziemlich karg und damit beschämend, hätte man doch auch bereits zu diesem Zeitpunkt eine ähnliche Aufmerksamkeit wie jetzt für Birma erwarten können.

Aber nicht nur Medien-Aufmerksamkeit, sondern politische Aufmerksamkeit durch die Bundesregierung, das Auswärtigen Amtes sowie der EG sind gefordert. Rasches Handeln tut Not, denn es gilt der nunmehr durch die neu gewonnene, internationale Aufmerksamkeit für Birma, das politisch günstige Klima auszunutzen und Druck auf die Militärregierung auszuüben, endlich die Menschenrechte zu achten, die frei gewählte Regierung als solche anzuerkennen und demokratische Verhältnisse zu realisieren.

Der Bundesregierung sollte endlich aktiv werden und die von der SPD eingebrachten Parlamentsinitiativen zu Birma/Myanmar entsprechend würdigen.

(-/12. Dezember 1991/st/ks)

Ende für den Klimaschutz **Was nun Herr Töpfer?**

Von Michael Müller MdB
Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion in der Klima-Enquete

Die gestrigen Kabinettsentscheidung zur Energiepolitik bedeutet faktisch das Aus für eine nationale Klimaschutzpolitik. Darüber kann auch das verbale Festhalten an der Zielsetzung vom 7. November 1990, die Emissionen von Kohlendioxyd um 25 bis 30 Prozent bis zum Jahr 2005 zu reduzieren, nicht hinwegtäuschen. Die Bundesrepublik, mit einem Anteil von rund fünf Prozent am globalen CO₂-Ausstoß einer der Hauptverantwortlichen der menschenbedingten Klimaänderungen, tut es damit anderen großen Industrieländern wie den USA gleich: Sie steht sich aus der Verantwortung.

Die Begründungen für die Aufgabe der von Bundeskanzler Kohl sonst ständig herausgestellten "weltweiten Vorreiterrolle in Sachen Umweltschutz" enthalten keine neuen Fakten, sie sind dürrtig und willkürlich:

- * Die Bundesregierung setzt jetzt nur noch auf eine EG-Entscheidung, von der schon heute bekannt ist, daß sie zeitlich und mengenmäßig unzureichend sein wird. Während die Bundesrepublik beim Verbot von FCKW voran gegangen ist, versteckt sie sich heute hinter der Kommissionsvorlage der EG, die von allen Klimaexperten kritisiert wird.
- * Im Kabinettsbeschluß sind alle finanzwirksamen Maßnahmen ausgeklammert, sie sollen erst im Lichte der Haushaltsberatungen 1993 bewertet werden.
- * Die nachlassende Konjunktur und die Kosten der deutschen Einigung lassen keinen Raum für Klimaschutz.

- * Herr Möllemann scheut nicht einmal von der abstrusen Behauptung zurück, daß die Ablehnung der Unternehmenssteuersenkung durch die SPD die Bundesregierung zwingt, die Klimaschutzmaßnahmen, die die Unternehmen belasten würden, zurückzustellen.

Fazit: Die Bundesregierung steht vor einem umweltpolitischen Waterloo. Der Kabinettsbeschluß ist ein schlimmer Rückfall. Die SPD fragt, "Was nun Herr Töpfer!" Weiche Begründung läßt sich der Bundesumweltminister jetzt wieder einfallen, um auch dieses Debakel noch als umweltpolitischen Erfolg zu verkünden.

Die SPD hat mehrfach verkündet, daß sie zu einer konstruktiven Zusammenarbeit zum Schutz des Klimas bereit ist. Sie ist bereit, in dieser Menschheitsfrage Verantwortung zu übernehmen. Bislang fehlt dazu allerdings bei der Bundesregierung jede seriöse Grundlage.

(-/12. Dezember 1991/st/ks)

CDU-Sport-Nelle betätigt sich als "Nebelkerze"

Zu den Vorhaltungen des CDU-Ausschußvorsitzenden zur Beibehaltung der steuerfreien Aufwandsentschädigung

Von Michael Habermann MdB

Als grobes Foulspiel ist der Versuch Nelles zu werten, sportpolitischen Nebel über das Abkassieren bei Amateursportlern durch die Bundesregierung zu werfen. Nach dem Motto: selbst klauen, um dann mit dem Ruf: "Haltet den Dieb!" andere als Schuldige auszumachen, versucht Nelle die Mißstände der CDU-Steuerpolitik zu überdecken. Schuld an dem Wegfall der steuerfreien Aufwandsentschädigung ist Nelle und seine Fraktion: Sie haben zusammen mit der FDP das Steuerreformgesetz '90 1988 verabschiedet.

Dieses Steuerreformgesetz '90 war im Januar dieses Jahres die Grundlage für die Aufforderung des Bundesministeriums der Finanzen an die Länder, die entsprechenden Erlasse für die steuerfreie Aufwandsentschädigung aufzuheben. Zurecht hat sich deshalb der Bundesinnenminister dieser Tage an den wahren Verantwortlichen in der Regierung, an den Bundesfinanzminister gewandt: Nehmen Sie diese für den Sport schädliche Regelung zurück! Dies war der Tenor des Selters-Schreibens an Waigel. Die Entscheidung des Sportausschusses ist nicht mehr als der letzte Versuch, eine miserable Steuerpolitik der Bundesregierung zu korrigieren.

Trotz der Empfehlung des Sportausschusses sprachen sich für die Beibehaltung der jetzt gültigen Regelung neben der Mehrzahl der SPD-geführten Länder auch die CDU/CSU-Länder Bayern, Sachsen und Thüringen aus. Für die Aufhebung stimmte unter anderem das SPD-geführte Rheinland-Pfalz.

Die Haltung der Länder ist finanzpolitisch verständlich: Keine Bundesregierung vorher schröpfte durch ihre Finanzpolitik so die Länder wie diese! Sie darf sich deshalb nicht wundern, daß der Zick-Zack-Kurs des Nehmens und Gebens von den Ländern vor allem dann nicht mitgemacht wird, wenn sie wieder zur Kasse gebeten werden. Schade für den Sport!

Übrigens: Es ist schon was besonderes, wenn der CDU-geführte Sportausschuß die SPD-geführten Länder auffordert, den eigenen Mist nicht wirksam werden zu lassen. Es fragt sich deshalb, wer sich hier blamiert hat, Herr Nelle!

(-/12. Dezember 1991/st/ks)
